

ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit in diesem Sinn wiederholt erklärt.

Wenig halte ich dagegen von den vielfältigen Überlegungen, durch Grundgesetzänderung die Landtage unmittelbar am Bundesrat zu beteiligen. Erwogen wird, dem Landtag ein Weisungsrecht gegenüber den Landesregierungen einzuräumen — was nach geltendem Verfassungsrecht unzulässig ist — oder die Bundesratsmitglieder ganz oder teilweise von den Landtagen bestellen zu lassen. Beides würde die Stellung und Struktur des Bundesrates grundlegend ändern. Der Bundesrat würde — schon wegen der verhältnismäßigen Beteiligung der Parteien — zahlenmäßig stark anschwellen und an Übersichtlichkeit und Schnelligkeit der Willensbildung verlieren. Die notwendig eintretende Politisierung unter parteipolitischen Gesichtspunkten würde die Prüfung der Bundesgesetze unter fachlichen und föderativen Gesichtspunkten zurücktreten lassen. Im Endergebnis wäre zu befürchten, daß das Gewicht der Länder insgesamt gegenüber dem Bund abnähme. Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse der Länderparlamente liegen.

FDP: Vorberatungen in den Landtagen

Bei der Diskussion über die Zusammensetzung des Bundesrates gilt es vorab die Frage zu klären, welche Funktion man diesem Gremium — Länderorgan oder Bundesorgan — zuordnet. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Hans Koch nimmt dazu folgendermaßen Stellung:

Ich bin der Auffassung, der Bundesrat sollte weiterhin primär Bundesorgan bleiben. Eine andere Zusammensetzung würde den Bundesrat zu einer echten zweiten Kammer umgestalten, was seiner verfassungsmäßigen Funktion laut Grundgesetz nicht entspricht. Außerdem wäre dadurch keineswegs ein größerer Einfluß der Landtage im Bundesrat sichergestellt.

Da die legislative Funktion der Länderparlamente zunehmend geringer wird, ihre Kontrollfunktion jedoch stetig an Bedeutung gewinnt, sollte eine verbesserte Einflußnahme auf den Bundesrat dadurch sichergestellt werden, daß im Bundesrat zur Beratung anstehende Themen vorher im Plenum zumindest jedoch in den zuständigen Fachausschüssen der Landtage beraten werden. Notwendig ist auch eine frühzeitigere und umfassendere Information durch die Landesregierungen, etwa bei den sogenannten Gemeinschaftsaufgaben. Eine vorherige Beratung von zur Debatte stehenden Bundesratsangelegenheiten in den Landtagen würde gewiß zu einer weiteren Politisierung der Arbeit des Bundesrates führen, wie sie sich in ostpolitischen Fragen bereits andeutet. Das würde als Konsequenz eine Ausweitung der Arbeitsbereiche der Landtagsabgeordneten durch bundespolitische Probleme bedeuten. Diese Mehrbelastung würde natürlich besondere Anforderungen an die Qualifikation der Abgeordneten stellen, die für das parlamentarische Niveau der Landtage keinesfalls schädlich wären.

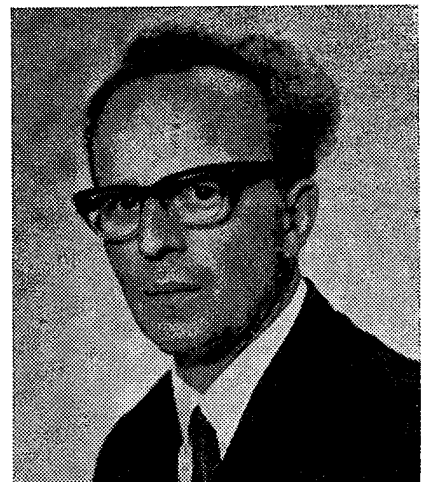
Mehr Einfluß der Landtage auf den Bundesrat durch Strukturveränderungen? Nein. Mehr Einfluß durch Mitwirkung an den Bundesratsangelegenheiten? Ja.

Porträt

„Nur keine Lobhudelei“, meinte Richard Ey, Landtagsabgeordneter der SPD seit dem 12. August 1951. Nun sagt das jeder, der von dieser Stelle aus der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Nur, Richard Ey gehört zu den ganz Wenigen, denen man diese Abwehrreaktion abnimmt. Der gelernte Bergmann übt eine persönliche Zurückhaltung, die beispielhaft für viele Politiker sein sollte. Sie äußert sich schon in den spärlichen Angaben zur Person im Handbuch des Landtags. Außer den obligatorischen Angaben über Wohnort, Geburt, Familienstand und „Abgeordneter seit ...“, nimmt der autobiographische Teil seiner Angaben noch nicht einmal zwei Zeilen ein.

Richard Ey wurde am 23. September 1911 geboren. Er lebt und wirkt in Dortmund. Mit 18 Jahren trat der Bergmann Ey der SPD und Gewerkschaft bei. Von diesem Zeitpunkt an darf von ihm gesagt werden, daß er für die Idee und nicht von der Idee lebt. Dieser bildungsbeffissene Arbeiter war bewußt Mitglied jener beiden Organisationen geworden, weil er den arbeitenden Menschen frei haben wollte von materieller Not, politischer Unterdrückung und geistiger Unzulänglichkeit.

Zwei größere menschliche Gegensätze als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn und der kleine Funktionär Richard Ey lassen sich schwerlich aufzeigen. Und doch sind beide derselben Idee verpflichtet. Jeder arbeitet für sie, seinen Möglichkeiten entsprechend. Richard Ey ist hierbei vom Schicksal und aus eigenem Willen der Part des Mannes zugefallen, der nicht schillert und nicht glitzert, sondern zuverlässig, stetig und unbeirrbar von Zeiterscheinungen oder Zeitgrößen an den Idealen seiner Jugend und seiner Partei festhält. Für ihn ist immer noch Links da, wo das Herz sitzt, er ist nach wie vor für das Du der Genossen untereinander, und er sieht in der roten Fahne der Sozialdemokratie nicht die Farbe der Anarchie, sondern das Symbol der verpflichtenden Tradition!



Jubilär Richard Ey (SPD)
60 Jahre, 20 Jahre MdL

Richard Ey gehört seit 1958 dem Landtagspräsidium an. Im Ausschuß für Arbeit und Soziales, im Grubensicherheitsausschuß und im Hauptausschuß ist er herangereift zu einem Kenner und Könnner von hohen Graden. Nicht nur als Mitglied des Fraktionsvorstandes, sondern auch als der „gute Mensch“ wird in seiner Fraktion auf ihn gehört und sein Rat gern befolgt.

Das Leben hat Richard Ey nicht geschenkt. Im letzten Kriegsjahr verlor er einen Arm. Wer etwas von der Schwere des Untertageberufs des Bergmanns weiß, würdigt den Behauptungswillen dieses Mannes, der mit einem Arm nach Kriegsende jahrelang bei der Harpener Bergbau AG unter Tage arbeitete. Und dann nicht als brillierender Redner, als mitreißender Demagoge, sondern als stiller, jedoch fleißiger Arbeiter in der Gewerkschaft von den Kollegen zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden (über zehn Jahre hindurch) gewählt zu werden, das ist der echte Richard Ey!

Er ist nie an „das große Geld“ gekommen. Es unterscheidet ihn von Kollegen in der eigenen Fraktion oder in den politischen Parteien, daß er solches auch nie angestrebt hat. Ja, die jungen alerten Politiker und Genossen mögen über Traditionalisten wie Richard Ey, die mehr an das Gemeinwohl als an sich denken, lächeln und ironisch fragen: „Gibt es sowas überhaupt noch?“ Die Wähler aber können gar nicht genug Menschen wie Richard Ey in die Parlamente, in die politische Verantwortung schicken.

Fritz Przytulla